

POLITISCHES SEKRETARIAT

P:B.58.06.2.2-AJ/HIC

Bern, 17. Juli 1990

Offizieller Besuch von Herrn Botschafter P.-Y. Simonin,
Chef der Politischen Abteilung II,
in Peru, Ecuador und Kolumbien

Schweizerische Politik gegenüber Südamerika unter dem Einfluss
der Veränderungen in Ost-Mitteleuropa

Es ist durchaus verständlich, dass in der Dritten Welt Befürchtungen aufkommen, die Entwicklungen in Ost-Mitteleuropa könnten politische und finanzielle Mittel der westlichen Welt binden, welche ansonsten in die Dritte Welt gegangen wären. Hierzu kann aus schweizerischer Sicht folgendes festgehalten werden:

1. Der weitere Ausbau unserer Entwicklungshilfe geht planmässig vor sich und bleibt von der Politik gegenüber Ost-Mitteleuropa unbeeinflusst. Insbesondere ist das Budget der DEH nicht gekürzt sondern weiter ausgebaut worden. Erklärtes Ziel bleibt, den Durchschnitt der OECD-Länder zu erreichen, d.h. das Budget der DEH auf 0,35% des Brutto-sozialproduktes anzuheben (heutiger Stand 0.31%).
2. Die privaten Investitionsflüsse können von der Regierung im Prinzip nicht gesteuert werden. Es ist darum auch nicht zu verhindern, dass tatsächlich bei sich neu eröffnenden Investitionsmöglichkeiten in ehemals sozialistischen Ländern Gelder, die ansonsten in die Dritte Welt geflossen wären, nunmehr im früheren Ostblock investiert werden.
3. Nach schweizerischer Auffassung ist jedoch mittel- und langfristig die Entwicklung und Stabilisierung der Verhältnisse in Ost-Mitteleuropa auch im Interesse der Dritten Welt. Verläuft die Entwicklung nämlich positiv, werden sich in dieser Region sehr bald Absatzmärkte für tropische Produkte, Rohstoffe und Industrieerzeugnisse aus der Dritten

Welt eröffnen.

4. Der Staat kann, wie bereits erwähnt, die Investitionsentscheide der Wirtschaft grundsätzlich nicht beeinflussen, er wird jedoch auch weiterhin durch entsprechende bilaterale und multilaterale Abkommen (Investitionsschutzabkommen) jene Rahmenbedingungen schaffen, welche die Investitionen in der Dritten Welt erleichtern.
5. Unsere Politik im Rahmen der Uruguay-Runde des GATT ist darauf ausgerichtet den Zugang der Entwicklungsländer zu den Weltmärkten zu erleichtern.
6. Im übrigen ist sich die Schweiz der globalen Herausforderungen bewusst, zu denen insbesondere jene der Drogenproblematik und des Umweltschutzes gehören. Gegenüber solchen Fragen hat Osteuropa keine Priorität, sie müssen vielmehr im weltweiten Rahmen mit den ostmitteleuropäischen Fragen angegangen werden.